

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 85 (1988)

Heft: 3

Artikel: Neue Armut in Städten der BRD

Autor: Ursprung, R.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-838617>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neue Armut in Städten der BRD

Bericht über die Studienreise der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge vom 30. August bis 5. September 1987 nach Deutschland

Verlauf

Stationen

Die Reise begann am Sonntagabend ab Basel nach Freiburg im Breisgau. Dort hielt man sich bis Dienstagmittag auf, wonach die Reise weiterging nach Stuttgart. Am Donnerstag, 3. September, verschoben wir uns weiter nach Köln, um am Freitag/Samstag nach Frankfurt aufzusuchen.

An allen Stationen haben wir mit den zuständigen Behörden, den federführenden Verwaltungsbeamten Gespräche führen können. Überdies haben wir auch Einrichtungen in diesen Städten besichtigt.

Organisation

Die Reise wurde von der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge in Zusammenarbeit mit der deutschen Schwesterinstitution organisiert. Alle vorgesehenen Gespräche und Besuche konnten ohne Verzögerungen oder Pannen durchgeführt werden. Da die Reisegruppe nur acht Personen umfasste, bestand Gelegenheit, tiefgreifende Fragen zu stellen und die zu untersuchenden Probleme auch im Detail zu besprechen.

Zielsetzung

Das Thema der Studienreise lautete: Phänomene und Massnahmen der «neuen Armut» in deutschen Städten. Es ging darum, einerseits die Entwicklung der Bedürftigkeit in unserem Nachbarland zu untersuchen, andererseits die getroffenen Massnahmen auf ihre Zweckmässigkeit und Wirksamkeit hin zu untersuchen.

Deutschland und dessen Grossstädte eigneten sich besonders gut als Orientierungsfeld. Dies vor allem deshalb, weil die Entwicklung gewisser sozialer Tendenzen schon sehr weit fortgeschritten ist, aber auch deshalb, weil die Rechtsgrundlagen der BRD denjenigen der Schweiz sehr ähnlich sind.

Phänomene

Arbeitslosigkeit

Augenfälligstes Phänomen in der BRD ist die teilweise sehr hohe Arbeitslosigkeit. Diese beträgt bei Jugendlichen der Stadt Köln über 15%. Längerfristig

sind nicht nur die materiellen Folgen der Arbeitslosigkeit beachtlich, sondern vor allem der negative Einfluss auf die Persönlichkeit der Betroffenen. Sie werden relativ schnell zu einer Randgruppe, verlieren das Selbstvertrauen und auch die Fähigkeit, sich zu integrieren.

Alkoholismus

Aufgrund der Beobachtungen muss davon ausgegangen werden, dass der Alkoholismus (vor allem bei Jugendlichen, aber auch bei Frauen) in deutschen Städten ein Problem darstellt, das wir in diesem Ausmass in der Schweiz nicht kennen. Das Phänomen führt vielerorts zur Verelendung ganzer Personengruppen und Kreise. Auffällig ist auch die Hemmungslosigkeit, mit welcher Alkoholiker in deutschen Grossstädten (Bahnhofgebiet, etc.) auftreten (können), ohne von entsprechenden Stellen Hilfe zu erhalten bzw. zurechtgewiesen zu werden.

Obdachlosigkeit/Stadstreicher

In den letzten Jahren hat in der BRD die Zahl der Obdachlosen in Städten (sogenannte Stadstreicher) stark zugenommen. Darunter finden sich nicht nur Jugendliche, sondern auch ältere Personen. Der Anteil der Frauen ist in neuster Zeit stark angestiegen.

Dieser Personenkreis entzieht sich jeglicher Sozialkontrolle. Er sucht den rechtsfreien Raum. Er lebt von Bettelei. Nach Angaben der zuständigen Instanzen kann ein Stadstreicher in Freiburg in einer Stunde DM 40.– erbeteln. Damit kann er sich problemlos über Wasser halten.

Der Stadstreicher sucht Angebote der Obdachlosenhilfe nur dann auf, wenn dabei auf jegliche Kontrollen verzichtet wird. Sobald er sich angebunden fühlt, zieht er wieder frei umher.

Probleme mit Jugendlichen im speziellen

In Stadtteilen, die in letzter Zeit stark und schnell gewachsen sind (Satelliten), entsteht mehr und mehr das Problem, dass sich die Jugendlichen mit ihrer Umgebung nicht mehr identifizieren können. Die Sozialkontakte sind sehr beschränkt. Die Jugendlichen finden sich zu Banden zusammen und machen sich schon im Alter von unter 16 Jahren strafbar.

Lösungsansätze

Zur Arbeitslosigkeit

Offensichtlich wurde in vielen deutschen Grossstädten – unabhängig vom politischen System – die Arbeitslosigkeit nur als materielles Problem der Betroffenen betrachtet. Die Beihilfen materieller Art hatten wahrscheinlich zur

Folge, dass die Suche nach Arbeit durch die Stellenlosen nicht intensiviert, die Folgen der Arbeitslosigkeit durch Arbeitende aber bagatellisiert wurden.

Mittlerweile hat man eingesehen, dass Arbeitslosigkeit auch sehr starke immaterielle Folgen hat, indem ein immer grösser werdender Teil der Bevölkerung vom Gesellschaftsleben mehr und mehr ausgeschlossen wird. Es sind mittlerweile *Beschäftigungsprogramme* entwickelt worden. Private Träger, insbesondere die Kirchen, bieten auch *Ausbildungskurse* für Arbeitslose an. Es geht insbesondere darum, Langzeitarbeitslosigkeit, welche zur Wesensveränderung der Betroffenen führen kann, zu vermeiden.

Erkannt wurde offensichtlich auch, dass es nicht richtig ist, Personen, welche infolge psychischer Angeschlagenheit keine Arbeit aufnehmen können, mit einer Invalidenrente zu helfen. Dadurch wird ihr Leiden nicht im Kern angegangen, sondern es werden nur Phänomene zu unterdrücken versucht. In allen Städten geht es in Zukunft darum, der erwerbstätigen Bevölkerung klarzumachen, dass die Solidarität mit den Arbeitslosen nicht nur im materiellen, sondern vor allem auch im immateriellen Bereich spielen muss. Dies wird in den Grossstädten durch die weitverbreitete *Anonymität* zusätzlich erschwert.

Alkoholismus

Ernsthafte Projekte zur Bekämpfung des Alkoholismus konnten nicht beobachtet werden. Möglicherweise wird das Problem bagatellisiert. Die Droge Alkohol wird in der BRD offensichtlich, auch wenn sie in Unmengen konsumiert wird, als legal und zulässig bezeichnet.

Immerhin hat die Stadt Freiburg in ihrer Notschlafstelle eine besondere Abteilung für Betrunkene. Dort werden keine Betten, sondern nur Sitzbänke angeboten. Die «Unterkunft» ersetzt die Ausnüchterungszellen der Polizei. Sie wird von vielen Betroffenen freiwillig aufgesucht.

Obdachlose

Das Problem der Obdachlosen stellt sich vor allem in Süddeutschland, wo Wohnungsknappheit herrscht. Das Phänomen ist erstaunlich, weil das Wohnraumangebot in diesen Städten zugenommen, die Bevölkerungszahlen jedoch abgenommen haben. Es hängt damit zusammen, dass – wie in unserem Lande – immer weniger Leute immer mehr Wohnraum beanspruchen.

Für Personen aus sozial niedrigen Schichten fehlt es an günstigem Wohnraum in Städten. Obdachlosenheime werden von den Betroffenen nicht immer angenommen. Vor allem im Sommer nächtigen diese Personen im Freien. Es wird kein Druck ausgeübt, diesen Zustand zu ändern.

Das gleiche Phänomen ist in Norddeutschland nicht anzutreffen. Der Leerbestand an Wohnungen ist dort sehr hoch.

Diesen sogenannten Stadtstreichern ist offensichtlich sehr schwierig zu helfen, handelt es sich doch dabei stets um Arbeitslose. Die Bedürfnisse Wohnung und Arbeit stehen in einem sehr engen Zusammenhang: Wer keine Arbeit hat, kann sich in der Regel keine Wohnung leisten, wer keine Woh-

nung hat, wird in der Regel an einem Arbeitsplatz auf die Dauer nicht akzeptiert werden. Die Schaffung von günstigem Wohnraum allein genügt hier nicht. Es bedarf einer Betreuung dieser Personen, die in den Grossstädten nicht mehr durch Nachbarschaft/Verwandtschaft, sondern einzig durch Sozialarbeiter bewerkstelligt wird. Die Versuche, *Laienhelper* einzusetzen, sind noch nicht weit gediehen: Anhand eines Projektes in der Stadt Stuttgart (vor allem für Jugendliche), welches die Kirche durchführt, konnte festgestellt werden, dass dieser Weg von Erfolg gekennzeichnet sein kann.

Probleme bei Jugendlichen

Jugendliche in Satellitenstädten finden vor allem in ihrer unmittelbaren Umgebung keine Möglichkeit, die Freizeit sinnvoll zu gestalten. Es werden daher betreute/begleitete Jugendtreffpunkte errichtet. Die Träger dieser Treffpunkte arbeiten nach unseren Beobachtungen leider sehr schlecht mit den Polizeiorganen zusammen. Konkurrenzdenken hat Vorrang.

Folgerungen

Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit mit seinen materiellen, vor allem aber mit seinen immateriellen Auswirkungen muss auch in der Schweiz stets im Auge behalten werden. Dabei sollen im Zweifelsfall nicht Arbeitslosengelder ausgerichtet, sondern Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogramme angeboten werden. Die bei uns bestehenden Workshops sind der richtige Weg.

*

Sozialhilfe besteht nicht nur darin, die Rechte der Hilfesuchenden zu fördern, sondern sie muss auch dahin zielen, die Betroffenen auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen. Hierbei ist es unumgänglich, dass ein gewisser, individuell abgestufter Druck ausgeübt wird.

Man kommt nicht darum herum festzustellen, dass in Deutschland dieser Druck in den letzten Jahren vernachlässigt wurde, da das Land vor bald 50 Jahren mit einem übermässigen Druck auf die entsprechenden Bevölkerungsschichten letztendlich verheerende Erfahrungen gemacht hat.

*

Bei der Bekämpfung des Drogenmissbrauches darf das Augenmerk zukünftig nicht nur auf die illegalen Drogen, sondern es muss vor allem auch auf die viel weiter verbreitete Droge Alkohol gerichtet werden.

*

Die in den Grossstädten herrschende Anonymität, verbunden mit der Bildung von zentralen Strukturen, führt zu einer stark nachlassenden Sozialkon-

trolle. Diese muss jedoch aufrechterhalten werden. Es muss vermieden werden, dass sich die Bevölkerung für sozial benachteiligte Mitmenschen nicht mehr verantwortlich fühlt, weil ein ausgewogenes Netz von professionellen Beratungsstellen besteht. Für den Betroffenen soll der Nächste immer noch der Nachbar/Verwandte sein.

*

Es ist darauf zu achten, dass die öffentlichen und privaten Sozialdienste ihre Arbeit nicht isoliert ausführen. Sie haben mit anderen Stellen zugunsten des Hilfesuchenden zusammenzuwirken (Polizei, Gerichte, Steuerbehörden, etc.). Die im Aargau bestehenden Strukturen kommen diesem Begehren entgegen.

Schlussfolgerung

Unter dem Titel «Neue Armut» werden vor allem in Grossstädten Phänomene aufgezeichnet, welche darlegen, dass in breiteren Schichten eine gewisse Verarmung in den letzten Jahren stattgefunden hat. Dabei handelt es sich um eine relative Armut. Es darf nicht vergessen werden, dass Armut in breitesten Kreisen der Bevölkerung vor nicht allzu langer Zeit auch in der Schweiz herrschte.

Armut entsteht aus einem Missverhältnis zwischen der Einkommens- und der Ausgabensituation eines Einzelnen. Sie kann durch die Befriedigung des Einkommensanspruches, jedoch auch durch die Nichtgewährung des Ausgabenanspruches, soweit er nicht den Notbedarf umfasst, bekämpft werden.

Es erscheint jedoch in der heutigen Zeit verfehlt, materielle Probleme der Bevölkerung überzubewerten. Die materielle Seite hat sich gegenüber früher stark verbessert. Auf der andern Seite entstehen vermehrt Schwierigkeiten im persönlichen Bereich von Hilfesuchenden. Das Angebot an immaterieller Hilfe muss daher aufrechterhalten werden. Die Bevölkerung ist angesprochen, diese immaterielle Hilfe Verwandten und Nachbarn gegenüber zu erbringen, also Mitmenschen zu beraten und zu betreuen. Erst wenn diese Hilfe scheitert, muss sie durch professionelle Hilfe der öffentlichen und privaten Sozialdienste ersetzt werden.

R. Ursprung

Alleinerziehende helfen sich selber

fh. In der Schweiz ist heute jede achte Familie eine Einelternfamilie. In der grossen Mehrzahl der Fälle ist es die Mutter, die – auf sich allein gestellt – ein oder mehrere Kinder grosszieht. Diese unvollständigen Familien sind grossen Belastungen ausgesetzt, nicht zuletzt auch deshalb, weil die meisten Einrichtungen